

Den Herausforderungen des Klimawandels begegnen - Forderungen an Politik und Wirtschaft

Der Einsatz für die Bewahrung der Schöpfung ist seit Jahrzehnten ein Schwerpunkt des BDKJ Bayern. Damit fühlt er sich auch dem Auftrag der Kirche verbunden, den die Deutsche Bischofskonferenz zuletzt im Jahr 2006 mit einem Expertentext zur Herausforderung des globalen Klimawandels deutlich unterstrichen hat. „Aufgrund seiner umfassenden und langfristigen Auswirkungen ist der Klimawandel ein zentraler Brennpunkt der Schöpfungsverantwortung“, so eine Aussage des Expertentextes, den auch der BDKJ Bayern unterstützt.

Der BDKJ Bayern begrüßt die breite öffentliche Diskussion, die derzeit zu diesem Thema geführt wird und hofft, dass diese bei vielen Menschen zu einer Sensibilisierung und zu einer nachhaltigen Bewusstseinsbildung im Bereich Ökologie führt.

Aufbauend auf viele positive Erfahrungen mit Projekten der einzelnen Mitgliedsverbände zum Thema Klima- und Umweltschutz und angesichts des inzwischen unumstrittenen Zeitdrucks sieht der BDKJ Bayern die Notwendigkeit, dass Politik und Wirtschaft in folgenden Bereichen aktiv werden, um dem globalen Klimawandel entgegenzuwirken:

1. Mobilität

1.1. Flugverkehr

Der BDKJ Bayern fordert so schnell wie möglich eine europaweite Besteuerung von Flugbenzin.

Darüber hinaus muss es unmittelbar eine Besteuerung von Flugbenzin bei innerdeutschen Flügen geben. Damit würden Wettbewerbsnachteile vermieden werden.

Auf europäischer Ebene müssen Schadstoffgrenzwerte für Flugzeuge eingeführt werden.

Des Weiteren fordert der BDKJ Bayern die Einbeziehung des Flugverkehrs in den europäischen Emissionshandel. Der Flugverkehr droht mit seinen stetig steigenden Emissionen die Einsparerfolge in anderen Wirtschaftsbereichen, die bereits eingebunden sind, aufzuheben und darf deshalb nicht außen vor gelassen werden.

1.2. Straßen- und Schienenverkehr

Um eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes voranzutreiben, setzt der BDKJ Bayern sich für ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen ein. Deutschland ist das einzige europäische Land, das kein Tempolimit auf Autobahnen hat.

Für die Verkehrsreduzierung in Städten müssen attraktive Konzepte entwickelt werden, da dort die Schadstoffbelastung am höchsten ist.

Außerdem muss die CO₂-Bilanz durch weitere Maßnahmen wie der Beimischung von heimischen Biokraftstoffen verbessert werden.

Die Entwicklung schadstoffärmerer Fahrzeuge muss vorangetrieben werden.

Dazu ist eine gesetzliche Regelung der EU, die bis 2012 die Reduzierung auf 120 g/km CO₂, differenziert nach Fahrzeugklassen, verbindlich vorschreibt notwen-

dig. Zugleich müssen schon jetzt ambitioniertere Ziele für die Zeit nach 2012 ausgehandelt werden, um Planungssicherheit in der Entwicklung von neuen Fahrzeugmodellen zu ermöglichen.

Der BDJK Bayern fordert weiterhin die Förderung des öffentlichen Schienennah- und Fernverkehrs für Personen und Güter.

1.3. Schifffahrt

Der BDJK Bayern fordert weiterhin die Einbeziehung der Schifffahrt in den Emissionshandel. Mit einem Anteil von 2,7 Prozent trägt sie in ähnlichem Umfang zur weltweiten CO₂-Emission bei wie der Flugverkehr. Besonders kritisch ist darüber hinaus der Ausstoß an anderen Schadstoffen wie Schwefeldioxid, Stickoxide und Rußpartikel durch die Verwendung von Schweröl als Kraftstoff. Hier müssen strengere Grenzwerte formuliert werden.

2. Energieversorgung

Eine zukunftsfähige Energieversorgung muss eines der Kernziele der Klimaschutzpolitik in Deutschland, aber auch weltweit sein. In der Entwicklungszusammenarbeit muss der Einsatz erneuerbarer Energien Standard sein. Außerdem muss darauf geachtet werden, dass der Ausbau erneuerbarer Energien nicht auf Kosten der Natur und der regionalen Strukturen (z.B. kleinbäuerliche Betriebe) erfolgt.

Deswegen fordert der BDJK Bayern die konsequente Umsetzung des von der EU beschlossenen Ziels der Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am europäischen Gesamtenergieverbrauch bis 2020 auf mindestens 25 Prozent mit verbindlichen Sektorzielen für Stromerzeugung, Wärmebereitstellung und Kraftstoffe für jedes Land, um Aktivitäten in jedem dieser Bereiche voranzutreiben. Dabei muss das Augenmerk auf einer dezentralen Energieversorgung liegen, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken.

Für den BDJK Bayern ist dabei die weitere Nutzung von Atomkraft kein Weg, eine nachhaltige sowie ökologisch und sozial verträgliche Energieversorgung aufzubauen. Deshalb ist es wichtig, am Atomausstieg, wie er von der Bundesregierung beschlossen wurde, festzuhalten, um den Druck auf die Stromkonzerne zu erhöhen, die Forschung nach Alternativen und deren Umsetzung voranzutreiben. Es kann keine Alternative sein, nach dem deutschen Atomausstieg, Atomstrom von anderen europäischen Ländern zuzukaufen.

Ab 2020 dürfen fossile Kraftwerke nur noch betrieben werden, wenn sie nicht mehr Emissionen freisetzen als die gegenwärtig modernsten Gaskraftwerke. Die Technologie der Abspaltung und Speicherung von CO₂ in Kraftwerken kommt für den BDJK Bayern nicht in Frage, da sie ebenso wenig nachhaltig wie zukunftsfähig ist.

Darüber hinaus fordert der BDJK Bayern auch eine verstärkte Förderung der Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien, dies sowohl mit dem Ziel einer global gerechteren Energieversorgung, die nur auf der Basis erneuerbarer Energien auch nachhaltig erreichbar ist, und zugleich mit dem Ziel, die Vorreiterrolle Deutschlands in dieser Branche zu stärken.

3. Energieeinsparung

Um dem Klimawandel effektiv entgegen zu wirken, reicht eine Umstellung auf erneuerbare Energien allein nicht aus. So würde man nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe flächenmäßig an die Grenzen stoßen und in einen Konflikt mit der Nahrungsmittelerzeugung und dem Erhalt der Natur (Beispiel Regenwald) geraten. Deshalb ist es aus unserer Sicht von Nöten, sich ebenso auf die Energieeinsparung zu konzentrieren.

Aus diesem Grund fordert der BDKJ Bayern die Senkung des Energieverbrauchs bis 2020 um mind. 20 Prozent, verbindlich für die EU. Derzeit ist dies nur eine unverbindliche Zielmarke. Für Deutschland wird eine Senkung von 30 Prozent gefordert.

Ein erster Schritt ist das Verbot von Geräten mit unnötiger Stand-by-Funktion. Außerdem müssen alle technischen Geräte verpflichtend und einheitlich nach ihrem Stromverbrauch gekennzeichnet werden. Diese Kennzeichnung muss gut erkennbar und vergleichbar sein, um Verbraucher/-innen bei der Wahl energiesparender Geräte zu unterstützen.

Des Weiteren fordert der BDKJ Bayern die Fortführung des CO₂-Gebäudesanierungs-programmes über 2009 hinaus, um die dortigen Energiesparpotenziale voll auszuschöpfen. Ergänzend sollten dabei neben zinsgünstigen Krediten auch Zuschüsse angeboten werden. Hier müssen vor allem Anreize für Vermieter geschaffen werden.

Von den (Kirchen-) Gemeinden und Kommunen fordert der BDKJ Bayern eine effizientere Nutzung von Energie im öffentlichen Bereich (z.B. Beleuchtung von Gebäuden, Straßenbeleuchtung, Fuhrparks, usw.).

Außerdem muss die Nutzung erneuerbarer Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung sowie eine effiziente Energienutzung bei der Städteplanung und bei der Vergabe von Baugenehmigungen berücksichtigt werden. So darf kein Bau von neuen Siedlungen ohne Heizkraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung genehmigt werden. Städte und Gemeinden haben dies in ihrer Bauleitplanung (Flächennutzungspläne und Bebauungspläne) umzusetzen.

Weiter fordert der BDKJ Bayern einen Ausbau der Forschung zur Entwicklung und Verbesserung von Möglichkeiten im Bereich der Energieeinsparung.

katholisch.

politisch.

aktiv.